

Medinetz Halle/Saale e.V. Ludwigstraße 37, 06110 Halle (Saale)

Landkreis Saalekreis
Geschäftsstelle Kreistag
Domplatz 9
06217 Merseburg

Medinetz Halle/ Saale e.V.

Ludwigstraße 37
06110 Halle
+49 152 - 15 930 043
mail@medinetz-halle.de
www.medinetz-halle.de

12.03.2018

Offener Brief bezüglich der medizinischen Versorgung Geduldeter im Saalekreis

Sehr geehrter Herr Landrat Bannert,
sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages des Saalekreises,

wir wenden uns mit einem Anliegen an Sie, welches uns mit großer Sorge und auch Unverständnis erfüllt: Seit Herbst 2017 werden im Saalekreis die Sozialleistungen für Menschen mit Duldung massiv eingeschränkt, was gravierende Einschränkungen für die medizinische Versorgung dieser ohnehin schon von besonderer Vulnerabilität betroffenen Gruppe bedeutet.

Konkret berichten uns Betroffene, dass ihre Gesundheitskarten eingezogen wurden, die sie nach 15-monatigem Aufenthalt in Deutschland erhalten hatten. Sie müssen nun im Krankheitsfall wieder Behandlungsscheine im Asylzentrum beantragen.

Neben den logistischen Schwierigkeiten, die dies für die Patient/-innen selbst, aber auch für die behandelnden Ärzte bedeutet, hat dies vor allem eine massive Verschlechterung der medizinischen Versorgung zur Folge: Während mit der Gesundheitskarte ein Leistungsspektrum analog zur medizinischen Versorgung gesetzlich Krankenkversicherter zugänglich ist, bedeutet der Entzug der Gesundheitskarten, dass Behandlungen für diese Patient/innen wieder nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) abgerechnet werden müssen. Dadurch werden *in praxi* viele medizinisch notwendige Behandlungen unmöglich, was die Gesundheit der Betroffenen willkürlich gefährdet.

Gegen dieses Vorgehen möchten wir aus zwei Gründen Widerspruch formulieren:

Erstens hat sich die Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen internationalen Verträgen verpflichtet, Gesundheit als Menschenrecht zu achten. So spricht der UN-Sozialpakt in Artikel 12 davon, dass die Regierung nicht nur ein Recht auf ein „Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“ anerkennt, sondern auch aktiv Schritte ergreifen muss, dafür erforderliche Maßnahmen umzusetzen. Im Saalekreis werden die im AsylbLG enthaltenen Einschränkungen der medizinischen Versorgung für Geduldete nun auf unbegrenzte Zeit verlängert.

Damit wird auch über die ersten 15 Monate des Aufenthaltes hinaus die Qualität der medizinischen Versorgung von Geflüchteten eingeschränkt und die Entscheidung über den Zugang zu medizinischer Versorgung in die Hände von medizinisch nicht ausgebildeten Sachbearbeiter/-innen gelegt. Dies halten wir für einen eklatanten Fehler mit unabsehbaren Folgen für die Gesundheit der Betroffenen.

Darüber hinaus konnten wissenschaftliche Studien in den letzten Jahren zeigen, dass ein direkter Zusammenhang besteht zwischen den Kosten der medizinischen Versorgung und Einschränkungen im Zugang zu Gesundheitsleistungen: Je eingeschränkter der Zugang, desto teurer die Versorgung. Vor dem Hintergrund, dass der Entzug der Gesundheitskarten in vielen Fällen eine Gefährdung der Gesundheit der Betroffenen bedeuten wird, scheint uns das derzeitige Vorgehen im Saalekreis daher geradezu absurd: Wie ist eine Lokalpolitik zu verstehen, die Mehrausgaben in Kauf nimmt, um die Gesundheit einer aus medizinischer Sicht besonders schutzbedürftigen Gruppe zu verschlechtern?

Gesundheit wird hier als migrationspolitisches Steuerungsinstrument missbraucht. Dies halten wir für ein inakzeptables Vorgehen, gegen welches wir nicht zuletzt aus berufs- und medizinethischen Gründen protestieren müssen.

Mit diesem Brief möchten wir in diesem Sinne unsere Betroffenheit über die ungute Entwicklung im Saalekreis zum Ausdruck bringen und Sie bitten, sich in den entsprechenden Gremien und Behörden dafür einzusetzen, die Diskriminierung von Geduldeten durch das Vorenthalten von medizinischen Leistungen schnellstmöglich zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen,

Medinetz Halle/Saale e.V.